

Der Freisinn

FDP

Nr. 12
Dezember 1980
2. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Zur Diskussion um die Bundesratsparteien-Gespräche

In Frage gestellt und doch immer wieder bejaht

Die gegenwärtig laufende Diskussion um die Bundesratsparteien-Gespräche, die regelmässig vierteljährliche Zusammenkunft zwischen Vertretern der an der Regierung beteiligten Parteien, ist nicht neu. Geschürt wurde sie — nicht ohne Absicht — von nichtfreisinniger Seite. Wir haben deshalb Fürsprecher Hans Rudolf Leuenberger, Generalsekretär der FDP der Schweiz, gebeten, aus seiner Sicht zu dieser Diskussion Stellung zu nehmen.

Seit 1971 führen die Spitzen der Parteien und Fraktionen, die im Bundesrat vertreten sind, regelmässig Gespräche über aktuelle Probleme der Bundespolitik durch. Der Zweck dieser Kontakte liegt vor allem im Bestreben, Gemeinsamkeiten und Differenzen in konkreten Fragen festzustellen mit dem Ziel, jene Geschäfte zu einem speditiven Abschluss zu bringen, in denen sich ein Konsens bewerkstelligen lässt. Damit soll Gewähr für eine effiziente Politik auf Bundesebene und ein leistungsfähiges Zusammenwirken von Vierparteienregierung, Parlament und Volk geboten werden.

In jüngster Zeit wurde von den beteiligten Gesprächspartnern selbst die Form, die Organisation und indirekt wohl auch Sinn und Zweck der Zusammenkünfte in Zweifel gezogen. Dies wohl vor allem, weil Möglichkeiten und Grenzen solcher Kontakte oft nicht erkannt wurden. Anlässlich des jüngsten Novembertreffens sprachen sich aber alle vier beteiligten Delegationen für die Weiterführung der Gespräche aus. Sie sollen aber künftig weniger formell abgehalten werden, sich auf Wesentliches beschränken und allenfalls auf parlamentarischer Ebene eine Fortsetzung finden.

Auf freisinnigen Vorschlag hin

Wenn die Frage der Nützlichkeit und Zweckmässigkeit von Gesprächen zwischen den Regierungsparteien aufgeworfen wird, so ist daran zu erinnern, wie es überhaupt zu diesen Kontakten in ihrer heutigen Form gekommen ist. Für schweizerische Verhältnisse ist die Regelmässigkeit, die diese Gespräche kennzeichnet, keine Selbstverständlichkeit.

1959 wurde die als *Zauberformel* bezeichnete Zusammensetzung der Landesregierung Tatsache. Sie wurde allerdings verschiedentlich in Frage gestellt. So in jüngster Zeit insbesondere aus SP-Kreisen bei den Wahlen von 1975 und 1979. Allerdings musste zur Kenntnis genommen werden, dass der Souverän sich bei den Wahlen, zwar indirekt, aber unmissverständlich, für die Beibehaltung des Vier-Parteien-Systems ausgesprochen hat. Auch Versuchsballons für eine rot-orange Koalition, vornehmlich in Zi-

tungsartikeln lanciert, platzten vorzeitig.

In ihren «*Gerlafinger Thesen*» hat die FDP als erste Partei bereits 1966 zwar nicht den Gedanken eines Koalitionsprogramms nach ausländischen Vorbildern, sondern eines «*Minimalprogramms*» lanciert, beruhend auf der Übereinstimmung in wichtigen Sachfragen. Begründet wurde dieses Postulat wie folgt: Der

Vierparteien-Bundesrat bedarf eines Rückhalts im Parlament. Nur damit können die Handlungsfähigkeit von Bundesversammlung und Proporz-Regierung gewährleistet und die dringendsten Aufgaben im Interesse des Landes gelöst werden.

Bundesräte behielten Handlungsunabhängigkeit

In der Folge hat sich gezeigt, dass die Landesregierung aus persönlicher Verantwortung ihrer Mitglieder auch unter der Zauberformel ihre traditionelle Handlungsunabhängigkeit beibehalten hat. Friktionen ergaben sich — mit wenigen, teilweise aber bedeutenden Ausnahmen — nicht zwischen Regierung und Parlament — wichtige Vorlagen scheiterten vor dem Volk. Das dürfte auch der tiefere Grund sein, weshalb von weiteren Versuchen, gemeinsame Legislaturziele zu formulieren, abgesehen wurde.

Nachdem die Unterzeichnung einer Legislaturzielvereinbarung für die Jahre 1971—75 einmalig

Fortsetzung auf Seite 5

Die Energiezukunft hat schon begonnen

Gegen Prestigekämpfe in der Energiepolitik

Im Vernehmlassungsverfahren über den Bericht der Eidgenössischen Kommission für die Gesamtenergiekonzeption (GEK) haben sich Kantone, politische Parteien und eine noch selten dagewesene Anzahl weiterer Organisationen geäussert. Die Stellungnahmen haben annähernd den gleichen Umfang wie der GEK-Bericht selbst. Mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen befasst sich nachstehender Beitrag von Ständerat Dr. H. U. Baumberger, Herisau.



Man hat damit seine Meinung gesagt und könnte nun wieder zur Tagesordnung übergehen. Dies um so mehr, als die Heizölbeschaffung keine Schwierigkeiten bereitet und man sich sogar an die ständig steigenden Ölpreise allmählich gewöhnt. Zudem hat die Schweiz im letzten Jahr 2 Pro-

zent weniger Energie verbraucht und deshalb von der Internationalen Energieagentur eine gute Note erhalten. Was will denn das Gerede von einer Energiekrise? Werden dem Bürger und der Wirtschaft lediglich Angst eingeflösst, damit bestimmte (energie-)politische Anliegen besser durchgebracht werden können? Fast wäre man versucht, die Fragen zu bejahen. Doch der Schein trügt.

Energieversorgung in labilem Gleichgewicht

Die Energieversorgung der westlichen Welt befindet sich in einem labilen Gleichgewicht, das durch zahlreiche Faktoren jederzeit gestört werden kann: politische Ereignisse in und um die wichtigsten Oelförderländer, Einschränkungen der Ölproduktion aus wirtschaftlichen Überlegungen, stärkeres Wirtschaftswachstum als angenommen und steigende Nachfrage aus den bevölkerungsstarken Entwicklungsländern.

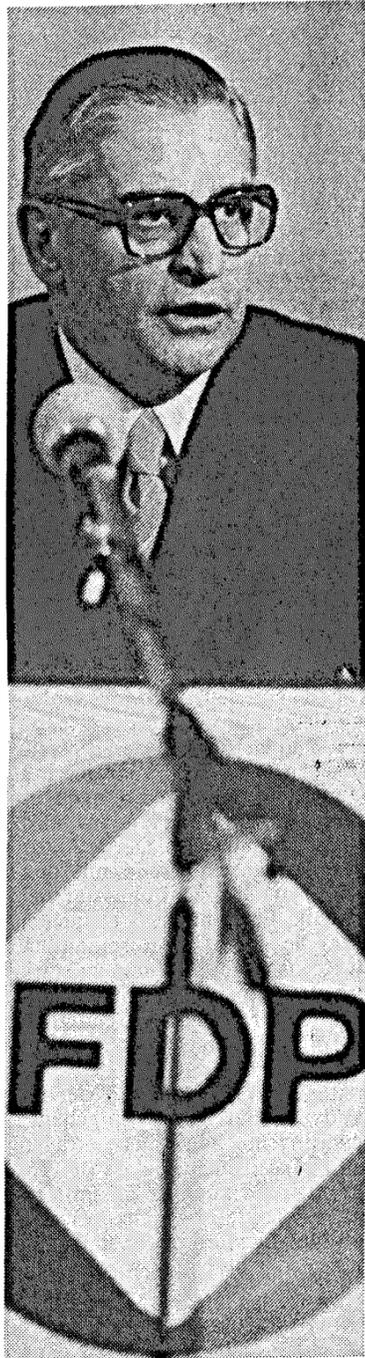
Schliesslich können sich Verzögerungen in der praktischen Einführung von Ersatzenergien und in der Nutzung der Kernenergie ergeben. Es wäre verhängnisvoll, aus einer momentanen Beruhigung der Lage falsche Schlüsse zu ziehen. Wenngleich die Schweiz mit weniger als 1 Prozent am Weltenergieverbrauch beteiligt ist, hat sie sich aus Rücksicht auf ihre extreme und einseitige Auslandsabhängigkeit und die fast vollständig fehlenden Ressourcen besonders ernsthaft mit den möglichen Gefahren für die Energieversorgung auseinanderzusetzen. Dabei sind insbesondere auch die langen Realisierungszeiten für gewichtige Umstellungsprozesse zu berücksichtigen.

GEK-Bericht: Arbeitsinstrument statt Diskussionsgrundlage

Mit dem GEK-Bericht verfügen wir über eine wohl einmalige Sammlung von Fakten. Er zeigt aber auch zahlreiche Möglichkeiten auf, wie unmittelbar gehandelt werden kann. Der Bericht sollte deshalb nicht immer nur als Diskussionsgrundlage, sondern vielmehr als Arbeitsinstrument aufgefasst und verwendet werden. Es hat keinen Sinn, darauf zu hoffen, dass der Bund auf Grund eines neuen Verfassungsartikels vielleicht einmal eine aktivere Rolle in der Energiepolitik wird spielen können. Abgesehen davon, dass es noch keineswegs sicher ist, dass das Volk neuen — vor allem weitgehenden — Bundeskompetenzen zustimmen wird, kann es selbst bei Annahme eines Verfassungsartikels noch Jahre dauern, bis eine zentralisierte Energiepolitik zum Tragen kommt. Entsprechende Erfahrungen liegen genügend vor, wenn man zum Beispiel an den 1971 vom Volk angenommenen Umweltschutzartikel denkt.

Kantone und Gemeinden können handeln

Praktisch alle Kantone scheinen heute die Zeichen der Zeit erkannt zu haben und von der Notwendigkeit der Einführung energiepolitischer Massnahmen überzeugt zu sein. Die Fortschritte, die in dieser Hinsicht in letzter Zeit erzielt wurden, sind beachtlich. Einen besonders wichtigen Markstein setzte der Kanton Basel-Landschaft mit der Inkraftsetzung des ersten kantonalen Energiegesetzes. In verschiedenen weiteren Kantonen sind ähnliche Vorlagen erarbeitet oder in parlamentarischer Beratung. Erfreulich ist auch, dass mittlerweile rund die Hälfte der Kantone über vollamtliche Energiefachstellen verfügt. Es gilt, in dieser Richtung weiterzugehen. Erfolgversprechende Anfänge sind gemacht. Es wird aber weitere mutige und manchmal auch unpopuläre Entscheide brauchen. Kantonale Energiegesetze können unter Umständen Eingriffe in die persönliche Freiheit jedes Bürgers brin-



Ehrevoll zum Vizepräsidenten des Bundesrates für 1981 gewählt: Bundesrat Dr. Fritz Honegger. Wir gratulieren herzlich! (Foto Rieben)

gen. Gewisse Massnahmen, wie zum Beispiel der Betrieb von Energiefachstellen, erfordern finanzielle Mittel, die in der Regel

Fortsetzung auf Seite 2

Ihre
Eigenheim-
Finanzierung
nach Mass —
mit der SKA



SCHWEIZERISCHE
KREDITANSTALT
SKA

Erkenntnisse eines erfahrenen Experten

Politik und Wirtschaft

Mit der ihm eigenen Meisterschaft der Darstellung in Form und Inhalt hat das präsidiale Vorstandsmitglied des Vorortes und zugleich dessen Delegierter, Dr. Gerhard Winterberger, ein Buch mit dem Titel «Politik und Wirtschaft — ausgewählte Reden und Aufsätze» publizieren lassen (Verlag Stämpfli & Co., Bern). Dieses neueste Werk des bewährten «Vorortsdirektors» verdient es, wie Dr. Hans Zimmermann, Solothurn, bemerkt, einem grossen Leserkreis nähergebracht zu werden.

Vor allem wäre zu wünschen, dass die Parlamentarier aller Schattierungen, auch diejenigen, die die freie Marktwirtschaft bloss mehr oder weniger dulden, wie z. B. die Vertreter der SP, den Inhalt dieser Aufsätze zur Kenntnis nehmen würden. Die Nutzanwendung aus dieser Lektüre könnte geeignet sein, in unserer Wirtschaftspolitik auf eidgenössischer Ebene etwas von ihrer enerzierenden Konzeptlosigkeit zu verlieren und Entscheide herbeizuführen, die weniger den Geruch des Kompromisses — obgleich dieser in unserem Lande aus verschiedenen Gründen nicht zu umgehen ist — in sich tragen.

Umfassendes Spektrum

Das Spektrum von Wissen und Erkenntnissen, die dieses Werk bietet, ist umfassend. Es hat sicher auch dann noch grundsätzliche Gültigkeit, wenn die Wirtschaftsgeschichte der achtziger Jahre zu kommentieren sein wird. Greifen wir kurz die wichtigsten Kapitel dieser Aufsätze und Reden heraus: Prägnant wird zunächst einmal dargestellt, wie das Bild der Industrie in der Öffentlichkeit gesehen wird. Es folgt eine Betrachtung über die zunehmende Polarisierung der schweizerischen Innenpolitik sowie eine Darstellung über Spannungen in der schweizerischen Innen- und Wirtschaftspolitik. Der Autor setzt sich anschliessend mit den leider beim grossen Publikum viel zu wenig bekannten Ursachen über die Inflation auseinander. Zu Recht wird vor einem zu stark forcierten Ausbau des Sozialstaates und der Ausgabenfreudigkeit der öffentlichen Hand gewarnt. Der Automatismus in den Gesamtarbeitsverträgen und der im Landwirtschaftsgesetz eingebaute Teuerungsmechanismus tragen das Ihrige dazu bei, dass der Inflationstrend auch in Zukunft erhalten bleibt, obgleich dies von den Nutznießern des Systems immer wieder bestritten wird.

Wettbewerbsfähige Aussenwirtschaft

Ein weiteres Kapitel befasst sich mit der Zusammenarbeit von Staat und Privatwirtschaft bei der Exportförderung. Es ist ein Charakteristikum schweizerischer Aussenwirtschaftspolitik, dass die Zusammenarbeit zwischen Privatwirtschaft und Aussenwirtschaftsamt besonders eng, kollegial und unkompliziert vor sich geht. Dies ist deshalb von grosser Bedeutung, weil jede Rezessionsphase nur von einer namhaften Belebung der Auslandsnachfrage massgeblich erleichtert werden kann. In diesem Abschnitt wird darauf hingewiesen, in welchem Masse das Problem des Frankenkurses und die Währungspolitik für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Aussenwirtschaft von Bedeutung sind. Dass der Exportrisikogarantie als Mittel der Ausfuhrförderung eine zentrale Rolle zukommt, sei nur nebenbei bemerkt, was zwar einzelne Politiker nicht daran hindert, sie im Parlament immer wieder anzugreifen und die Forderung zu stellen, sie in erster Linie für die Förderung von Entwicklungshilfeprojekten zu benutzen.

Gefährdete Marktwirtschaft

Ein weiteres Kapitel ist dem Thema «Gefährdete Marktwirtschaft» gewidmet. Der Autor geht auf Grund profunden Wissens den geistigen Grundlagen nach, die zu einer Gefahr für unser Wirtschaftssystem werden können. Anschliessend befasst sich der Verfasser des Buches mit dem Thema «Die Schweiz im internationalen Wettbewerb», wobei Vor- und Nachteile des Standortes Schweiz meisterhaft gegeneinander abgewogen werden. Es kann nicht bestritten werden, dass die Neuinvestitionen mehr und mehr auch im Ausland vorgenommen werden, weil die Wach-

tumschancen im Inland nicht mehr so günstig bewertet werden können. Im Kapitel «Brückenschlag durch Zollharmonisierung» wird der Problembereich dargestellt, der sich aus dem Beitritt der Schweiz zur EFTA und dem Abschluss des Assoziationsvertrages mit der EWG ergab. Da der Abschluss und die Ratifizierung dieser Verträge nunmehr schon einige Jahre zurückliegen, kann es für den interessierten Leser von Nutzen sein, sich nochmals vor Augen zu halten, weshalb ein Vollbeitritt der Schweiz zur EWG nach wie vor nicht in Frage kommen kann. Im Aufsatz

«Schweizerischer Staatsgedanke und europäische Integration»

werden die Gründe unseres Fernbleibens von hoher Warte aus einlässlich geschildert. Im Abschnitt «Ueberfremdung und Ueberexpansion» wird diese auch heute wieder aktuelle Frage, die zu einem Dauerproblem zu werden scheint, dargestellt. Dr. Winterberger darf auch als einer der besten Kenner schweizerischer Agrarpolitik bezeichnet werden. Er ist weit davon entfernt, der Landwirtschaft in unserem hochindustrialisierten Staat die Berechtigung abzuspochen, im Gegenteil. Das angestrebte Ziel soll aber nicht Strukturhaltung und Parität heissen, sondern Hebung der Konkurrenzfähigkeit. Dabei wird nicht vergessen, auch auf die Problematik des gesetzlich festgelegten paritätischen Lohnanspruches hinzuweisen. Gewarnt wird dagegen vor den gelegentlichen aggressiven Tendenzen in der bäuerlichen Politik.

Politisches Engagement

Nicht überhörbar ist die vom Autor auch in seiner beruflichen Tätigkeit immer wieder vertretene These, wonach sich der Unternehmer vermehrt für die Arbeit der Parteigremien engagieren sollte. Die überaus starke Beanspruchung fähiger Unternehmer in ihrem Beruf wird jedoch die Realisierung dieses berechtigten Postulates nur in ganz bescheidenem Masse möglich machen. Die Lektüre dieses Buches bringt deutlich zum Ausdruck, dass man nicht dauernd gegen elementare ökonomische Regeln verstossen sollte. Man mag dem Rezensenten vorwerfen, er habe zu viele Superlative verwendet. Das erweckt in der Regel Argwohn. Ein solcher Vorwurf wäre jedoch unberechtigt. Diese kristallklaren Gedanken verdienen eine grosse Verbreitung. (spk.)

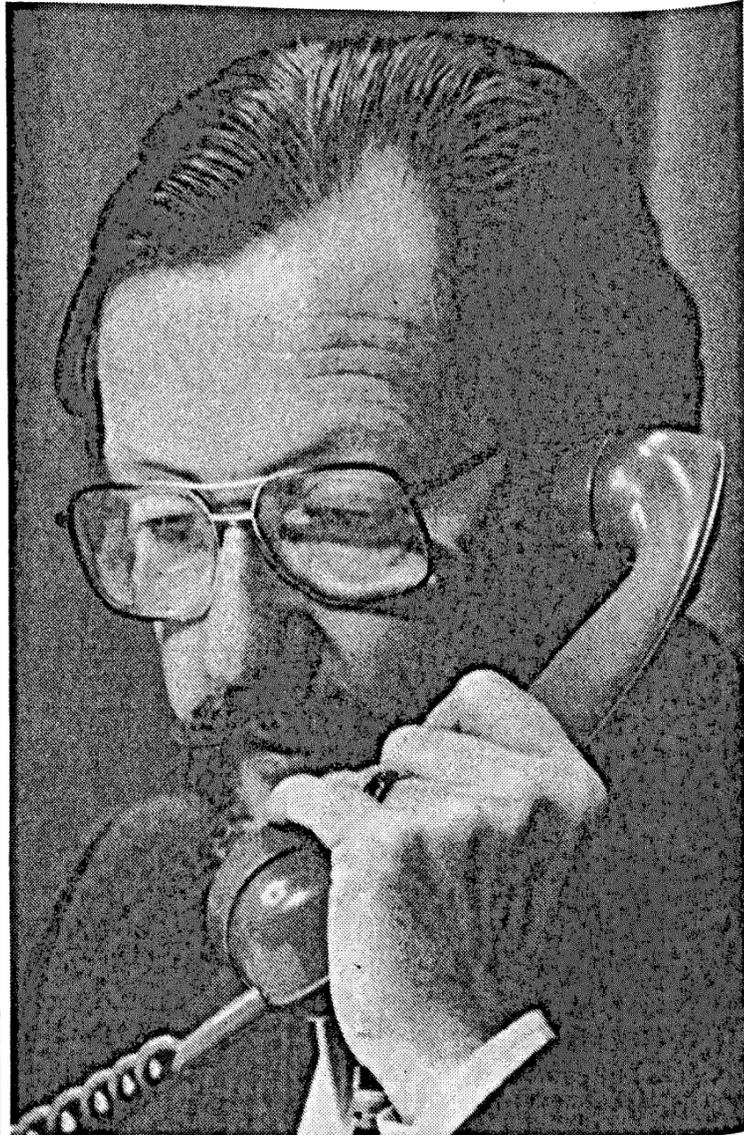
Stellungnahme im Vernehmlassungsverfahren

FDP: Aufgabenteilung unerlässlich

Eine Entflechtung der Aufgaben von Bund und Kantonen hält die FDP für unerlässlich. Wie sie in ihrer Vernehmlassungsantwort zu den «Ersten Vorschlägen zur Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen» festhält, steht für sie nicht das Sanierungsproblem der Bundesfinanzen im Vordergrund, sondern aus staatspolitischer Sicht komme dem Subsidiaritätsprinzip grösste Bedeutung zu: Eine öffentliche Aufgabe soll so lange von der untergeordneten Körperschaft gelöst werden, als sie dazu in der Lage ist, zumal der Entscheidungsprozess auf unterer Ebene demokratischer ist.

Dass durch die vorgesehene Aufgabenteilung der Bundeshaushalt entlastet werden soll, ist für die FDP deshalb nicht Hauptkriterium, aber eine erwünschte und notwendige Folge. Der Abbau der Mischfinanzierung gibt den Kantonen mehr Gestaltungsspielraum und fördert eine wirtschaftliche Lösung der Probleme. Nach Mei-

nung der FDP hat die Aufgabenteilung primär nach Sachbereichen zu erfolgen. Sie befürwortet deshalb eine ungeteilte Verantwortung entweder auf der einen oder auf der andern Ebene. Aus diesem Grund sollte vom Instrument der Rahmengesetzgebung nur ausnahmsweise Gebrauch gemacht werden. Die Partei unter-



Zum neuen Generalsekretär der Bundesversammlung wählte der Bundesrat Jean-Marc Sauvant. Der 53jährige Freisinnige, der in Vallamand ansässig ist, wirkt gegenwärtig als Vizekanzler. Seine Studien schloss er mit dem Lizenziat der Rechte ab. Militärisch war er zuletzt als Major Quartiermeister einer Division. Herzliche Gratulation zur Wahl! (Foto Ruit)

stützt weiterführende konzeptionelle Arbeiten nach Art der nun vorgelegten Vorschläge. In einer zweiten Phase sollten weitere Aspekte aus verschiedenen Bereichen erfasst werden (Bildung, Kultur, Verkehr, Wirtschaft).

Zustimmung mit Vorbehalten

Die von der Studienkommission unterbreiteten Vorschläge werden von der FDP in wesentlichen Zügen unterstützt. Dennoch bringt die Partei in einzelnen Bereichen Aenderungs- und Ergänzungsanträge an. So schlägt sie beim Zivilschutz den gänzlichen Verzicht auf die Subventionierung des privaten Schutzraumbaus vor. Bei den Stipendien beantragt die Partei, dass durch die Bundesgesetzgebung ein Mindeststandard in bezug auf die Höhe der Stipendien festgelegt wird, ohne jedoch in dessen Rahmen Subventionen auszurichten.

Entgegen dem Antrag der Studienkommission spricht sich die Partei für die Ausrichtung einer nichtzweckgebundenen Globalsubvention zur Kulturförderung aus. Im weiteren tritt sie für die Beibehaltung des bundesrechtlichen Obligatoriums für Turnen und Sport an allen Volks- und Mittelschulen ein. Auf Bundesbeiträge, die mit Turnen und Sport in der Schule im Zusammenhang stehen, ist hingegen zu verzichten.

Die Partei erwartet im weiteren, dass sich der Bund im Bereiche der Krankheitsvorbeugung engagiert. Entgegen der Auffassung der Studienkommission setzt sich die FDP dafür ein, dass bei den Beiträgen an anerkannte Krankenpflegesulen geprüft wird, ob der auf die Rotkreuz-Kaderschule für Krankenpflege entfallende Anteil in Anbetracht ihrer gesamtschweizerischen Bedeutung nicht bis auf weiteres weitergeführt werden könnte. Im Bereiche der sozialen Wohlfahrt spricht sich die Partei weitgehend im Sinne der Anträge der Studienkommission aus, insbeson-

dere begrüsst sie den Vorschlag, wonach die Kantone von der Mitfinanzierung der AHV entbunden werden sollen. Bei der Invalidenversicherung unterstützt sie Variante I und befürwortet bei der Krankenversicherung eine modifizierte Variante I. Zustimmung findet auch der Vorschlag, die Wohnbauförderung nach dem Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz an die Kantone zu delegieren.

Die von der Studienkommission vorgeschlagene «Sofortmassnahme» einer hälftigen Mitfinanzierung der Kantone an der Kostenunterdeckung der SBB im Regionalverkehr erachtet die Partei als sachlich und politisch nicht akzeptabel. Hingegen wünscht sie, dass Lösungen im Verkehrsbereich noch ins erste Paket der Aufgabenneuverteilung eingebracht werden: einerseits eine neue Einstufung der Hauptstrassen und eine Uebernahme des Nationalstrassenunterhalts durch den Bund, andererseits eine tragfähige Regelung für den schienengebundenen Regionalverkehr, die Leistung, Mitwirkung und Finanzierung in ein Gleichgewicht stellt.

Nicht alles auf Kantone überwälzen

Bei Berücksichtigung aller Vorschläge der FDP sowie der von ihr unterstützten Anträge der Studienkommission würde der Bundeshaushalt um rund 560 Mio. Franken entlastet. Die Partei ist sich bewusst, dass dieser Betrag nicht vollumfänglich auf die Kantone überwälzt werden darf. Eine Mehrbelastung der Kantone im Umfange von 200 Mio. Franken erscheint ihr angemessen. Der darüber hinausgehende Anteil müsste kompensiert werden. Die Partei denkt dabei an eine Erhöhung des Wehrsteueranteils der Kantone und an eine Korrektur bei den Anteilen an den Stempelabgaben und am Reinertrag der Alkoholverwaltung. Die FDP hält es aber für unabdingbar, dass gleichzeitig eine Verbesserung des Finanzausgleichs erfolgt.

Fortsetzung von Seite 1

von Parlamenten bewilligt werden müssen.

Die Verantwortung der Wirtschaft und der Bevölkerung

Der politische Wille allein aber genügt nicht. Industrie und Gewerbe ihrerseits sind aufgerufen, die für eine sparsame und sinnvolle Energiepolitik notwendigen Technologien zu entwickeln, zu vervollkommen und selbst auch anzuwenden. Und schliesslich muss jeder einzelne Bürger eine neue Einstellung zur Energie bekommen. Nach dem Motto zum Beispiel: Besser isolieren, statt zuviel heizen. Es wird sich zeigen, dass Energie sparen zunächst einmal Geld kostet. Es sind Investitionen zu tätigen, die sich auszahlen werden.

Bei gemeinsamer Anstrengung aller Kreise auf allen Ebenen wird es möglich sein, die schweizerische Energiepolitik in richtige Bahnen zu lenken. Prestigekämpfe können wir uns dabei nicht leisten.

Der Beitrag des Unternehmers zum Intakthalten der Wirtschaft und der liberalen Ordnung

Unternehmer und Politik

Die liberale Wirtschaftsordnung und damit ganz allgemein «die Wirtschaft» ist zunehmend Anfechtungen unterworfen. Den Ursachen und vor allem den Möglichkeiten, darauf eine Antwort zu erteilen, ist Dr. Albrecht Keller, Direktor der Georg Fischer AG, Schaffhausen, nachgegangen. In einem Referat an der diesjährigen Herbsttagung der ASOS (Schweizerische Gesellschaft für Management) hielt er folgendes, auszugsweise veröffentlichtes Referat. Der Autor gehört dem Finanz- und Steuerausschuss der FDP der Schweiz an und ist in Thalwil ansässig.

Der Widerspruch im Verhalten des Unternehmers gegenüber der Politik ist nicht neu:

- berechnete Kritik am fortgesetzten Einengen des unternehmerischen Spielraums durch die inländischen Rahmenbedingungen vorab im Kreis von Meinungsgeleichen und
- gleichzeitig politische Passivität, also selbstgewählter Verzicht auf das Mitgestalten der inländischen Rahmenbedingungen.

Allerdings glaubten auch die Unternehmer in den Jahren der Wachstumseuphorie, die Wirtschaft sei in der Lage, die steigenden Ansprüche zu erfüllen. Teilweises Finanzieren über die Inflation war kein Diskussionsthema. Dank Freigabe der Wechselkurse und konsequenter Geldpolitik der Nationalbank ist es gelungen, die Inflation — mittlerweile als sozialer und gesellschaftlicher Sprengstoff erkannt — einigermaßen unter Kontrolle zu bringen. Die *Anspruchsinflation* ist trotz dem Umschwung 74/75 geblieben.

Fehlendes politisches Engagement der Unternehmer

Ganz im Gegensatz zu den wirtschaftsfeindlichen Exponenten und den Linksideologen hat sich das Engagement unserer Unternehmer und Kader an der politischen Front bisher nicht verstärkt. Die Gründe sind bekannt: starke Inanspruchnahme durch die Aufgabe, den Fortbestand der Unternehmungen zu sichern, Langwierigkeit des politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesses, Zwang zum «Kompromiss der kleinsten, mittleren Unzufriedenheit» und zur «Opfersymmetrie».

Den Gründen für das politische Abseitsstehen der Unterneh-



mer sind aber tiefgreifende Einflüsse auf die unternehmerische Aufgabe gegenüberzustellen:

1. Die enge Verzahnung zwischen Wirtschaft/Staat, die hohe Staatsquote, das Ueberdrehen der Steuerschraube, das defizitäre Haushalten des Bundes seit 1971 und die Gefahr, im Pragmatismus des politischen Alltags den privatwirtschaftlichen Freiraum weiter einzuengen und die marktwirtschaftliche Ordnung schrittweise auszuhöhlen.

2. Die wachsende Diskrepanz zwischen materiellen Ansprüchen und realen wirtschaftlichen Gegebenheiten; Folge der Anspruchs- und Umverteilungsmentalität sowie überschätzter Belastbarkeit unserer Wirtschaft.

3. Die Angriffe auf die in der Handels- und Gewerbefreiheit, der Eigentumsgewährleistung und der Vereinsfreiheit verankerte Marktwirtschaft durch jene Exponenten der SP — immerhin Regierungspartei —, welche den Unternehmungsgewinn noch immer als Profit und das Risikokapital als Machtinstrument der Unternehmer bezeichnen.

4. Die Wirtschafts- und Unternehmerfeindlichkeit vieler, insbesondere junger Theologen, Lehrer, Journalisten, Medien- und Kulturschaffender. Frei von Verantwortung für Arbeitsplätze und unbelastet von ökonomischen Kenntnissen, wird der Jugend ein verzerrtes Bild der Marktwirtschaft, des Unternehmertums, der sog. Multis und des technischen Fortschritts suggeriert und behauptet, diese seien schuld an den Uebeln der heutigen Gesellschaft — abwertend als Konsum-, Wegwerf-, Leistungs- und Industriegesellschaft bezeichnet.

Es braucht das persönliche Engagement

Die gegen die Unternehmungen und die Marktwirtschaft gerichteten Einflüsse wurzeln in der Mentalität, mehr zu verteilen als zu erarbeiten, auf Kosten der Zukunft und anderer zu leben, Einkommen und Vermögen auszubebnen, den Einfluss von Funktionären zu verstärken, die Wirtschaft zu vergesellschaften, des Heil von utopischen Gesellschaftsformen zu erwarten.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Polarisierung statt der Zusammenarbeit — tragendes Element des früheren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts — zu sehen. Neid und Machtwillie verdrängen Sicherung der Frei-

Fortsetzung auf Seite 4

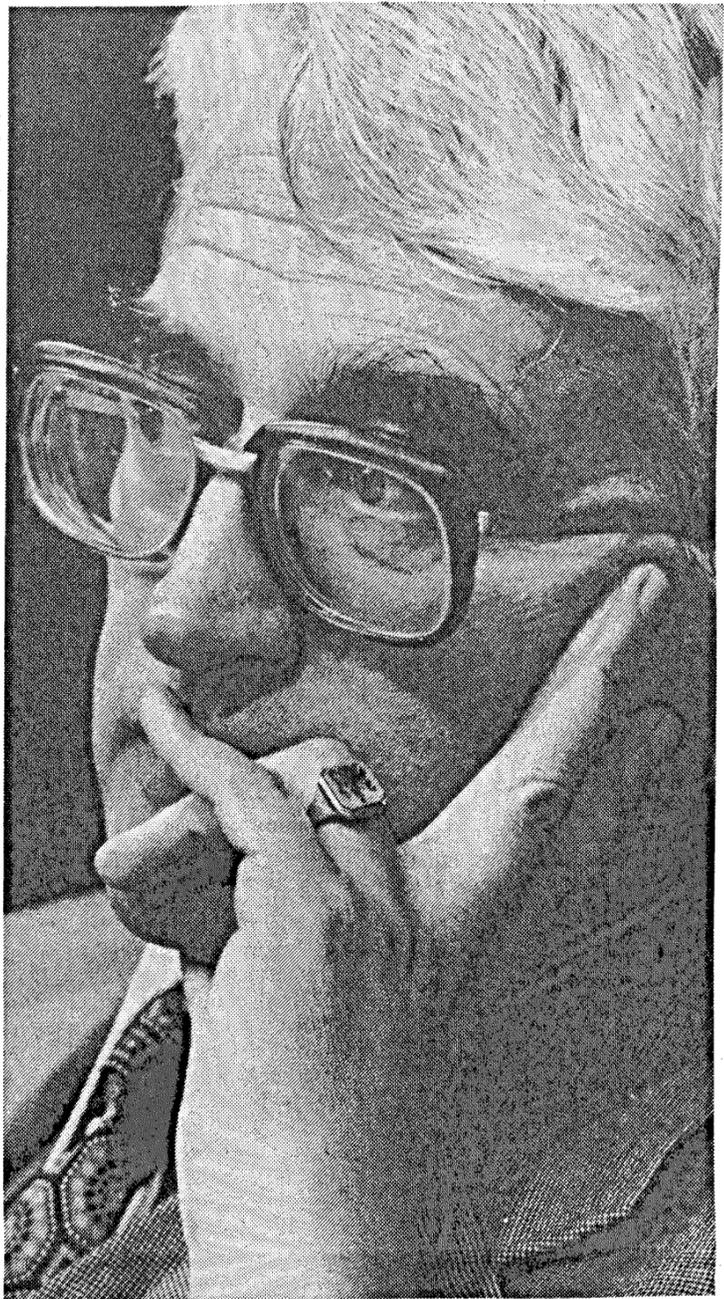
Peter Hefti

Schon rein von seinem Aussehen her könnte man ihn als den «typischen» Standesvertreter bezeichnen: weisse, immer sorgfältig gekämmte Haare, dunkle Brille, hochgewachsen in eher konservativer Kleidung, die Krawatte stets mit einer perlmutterbestückten Nadel an den ihr zustehenden Ort gewiesen. Aber auch in seiner politischen Haltung passt er ins «Schema»: abwägend in seinen Urteilen, vorsichtig allem Neuen (und Teuren) gegenüber, ein Mahner und Kritiker in einem. Die Rede ist vom Glarner Freisinnigen Peter Hefti, der zu Beginn der Wintersession zum Präsidenten des Ständerats für das Jahr 1981 gewählt wurde.

Die Wahl zum Ständeratspräsidenten bildet die Krönung einer beruflichen und parlamentarischen Laufbahn, die lang und reich an Höhepunkten war. Peter Hefti wurde am 6. Oktober 1922 geboren. In Bern, Zürich, Genf und Basel holte er sich das erforderliche Wissen in der Jurisprudenz, um dann im Jahre 1947 zum Doktor promoviert zu werden. In Zürich absolvierte er zwei Jahre später das Rechtsanwaltsexamen und vertiefte anschliessend seine Studien an der Law School der University of Michigan. Wieder zurück in der Schweiz eröffnete er 1953 in Glarus ein Büro als Rechtsanwalt und Notar. Seit 1963 übt er das nebenamtliche Amt eines Obergerichtspräsidenten aus und ist zudem Gemeindepräsident seines Bürger- und Wohnorts Schwanden. In den Ständerat wurde Hefti im Jahr 1968 gewählt.

Als Leiter des Ratsbetriebs in der kleinen Kammer wird der Politiker Peter Hefti für ein Jahr zum Neutrum, nur in den seltensten Fällen wird er sich zu aktuellen Geschäften äussern können. Eine Stimme, die mit Lob ebenso wenig geizt wie mit harter, aber sachlicher Kritik, wird bis zum nächsten Dezember verstummen. Hefti schenkte in seinen Voten zu den verschiedensten Themen seinen politischen Gegnern nichts, konnte aber, wenn es sein musste und von der Sache her gerechtfertigt schien, auch mit Leuten des eigenen Lagers streng ins Gericht fahren. Selbst vor der Schwelle der bundesrätlichen Gemächer machten seine immer wohlge-meinten Rügen bisweilen nicht halt. Gleichzeitig aber erwies sich Hefti als konstruktiver Parlamentarier, der — einmal von einer Sache überzeugt — diese engagiert verfocht. Sei es als Kommissionspräsident, als Jurist oder einfach als verantwortungsbewusster Bürger. Hefti hat in seiner 12jährigen parlamentarischen Laufbahn schon manch bedeutsamen Geschäft zum Durchbruch verholfen oder ins Stocken geratene Diskussionen mit einer klärenden Bemerkung wieder in Gang gebracht.

Darf man Peter Hefti als Konservativen bezeichnen? Seine politischen Gegner werden diese Frage sicher bejahen und gleich noch beifügen, der Glarner Standesherr, der immer ein wenig wie ein Patriarch aus vergangenen Zeiten wirkt, sei ein Bremser und allem Fortschrittlichen gegenüber unaufgeschlossen. Mit einer solchen oberflächlichen Qualifikation wird man dem neuen Ständeratspräsidenten



(Foto Rutti)

ten sicher nicht gerecht. Ohne es genau zu treffen, kommt man seinem Wesen und seiner Art am nächsten, wenn man Hefti als einen echten Liberalen der alten Schule bezeichnet. Hefti trat zu einer Zeit in die kleine Kammer ein, als sich der Staatsapparat immer mehr aufzublähen begann. Begreiflich deshalb, dass er dem Staat zunächst vorsichtig gegenübertritt und das Für und Wider sorgsam abwägt, bevor er ihm eine neue Aufgabe zu übertragen bereit ist. Hefti hat sich primär das Gesamtinteresse, die Freiheit und Eigenverantwortung des Individuums sowie die Unabhängigkeit unseres Landes als politisches Credo auf die Fahne geschrieben und ist dem alle und alles umsorgenden Wohlfahrtsstaat gegenüber skeptisch eingestellt.

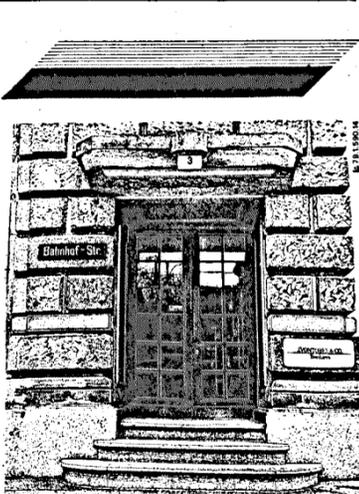
Am deutlichsten manifestiert sich Heftis politische Einstellung, wenn er als Präsident der Finanzkommission oder der Finanzdelegation beider Räte das Wort ergreift. Als Mahner und bisweilen leider auch Rufer in der Wüste macht er auf die katastrophale Lage in der Bundeskasse aufmerksam, weist auf kostspielige Leerläufe oder Schwerfälligkeiten in der Verwaltung hin, appelliert an den Sparwillen des Parlaments oder ruft allzu staatsgläubige Postulanten auf den Boden der Realität zurück. Daneben setzt sich Hefti für die Belange der Landesverteidigung ein und bietet auch Hand zur Durchsetzung sozialpolitischer Anliegen, wenn sie ihm gerechtfertigt und ohne grossen administrativen Mehraufwand realisierbar scheinen.

Als Politiker, der weiss, was er will, hat es Hefti nicht nötig, unvermeidbare Zugeständnisse zu machen. Dabei scheut er auch vor wenig populären Entscheidungen nicht zurück, was sich etwa

in seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Geschlechtergleichheitsartikel gezeigt hat. Ohne vor dem Publikum Bücklinge zu machen oder um die Gunst der Wähler zu buhlen, steht der Glarner Kantonsvertreter zu seiner Meinung und sagt lieber Nein, wenn er eine Vorlage nicht mit seiner Ueberzeugung in Einklang bringen kann.

Peter Hefti mag vielen seiner Ratskollegen als unbequem, als eigenwilliges Unikum erscheinen, seine Geradlinigkeit manch einem als Sturheit. Dank seinem Mut, zu einer Sache auch dann zu stehen, wenn er mit seinem Entscheid allein auf weiter Flur steht, geniesst er bei seinen Ratskollegen grosses Ansehen. Dieses Ansehen und seine unübersehbaren analytischen Gaben werden ihm helfen, auch das Präsidentschaftsjahr mit Erfolg zu meistern.

Roland Meier
Bundeshausredaktor



J. VONTOBEL & CO.
Bankiers
Zürichs grösste Privatbank.

Bahnhofstrasse 3 CH-8022 Zürich Telefon: 01-43 70 11
Telegramme: CAPBANK Telex: 812306

Ein SBG-Angebot
für Unternehmer.

Wenn Sie Ihre Bau-
oder Renovations-
pläne lieber heute
als morgen verwirk-
licht sehen, sollten
Sie mit uns über
einen Baukredit
reden.

Rufen Sie uns an. Damit wir
Ihnen beweisen können, wie
rasch sich Ihre Pläne
realisieren
lassen.



Schweizerische Bankgesellschaft

Fortsetzung von Seite 3

räume, der Arbeitsplätze, der Sozialeinrichtungen, der Geldwertstabilität.

Die Frage steht im Raum: Genügen bürgerliche Mehrheiten in den Räten — wobei der Begriff «Bürgerblock» ein sehr relativer ist — zur Abwehr der negativen Einflüsse? Die Frage beantwortet sich auf Grund der Fakten und Tendenzen, der Konfrontation und der Verunsicherung der Jugend selbst.

Es braucht das persönliche Engagement des Unternehmers; denn erstens steht er als Verantwortlicher für eine «zentrale Institution der Marktwirtschaft» (Prof. Linder) mitten im politischen, sozialen und gesellschaftlichen Spannungsfeld; zweitens kann er die Entwicklung der inländischen Rahmenbedingungen mit der unmittelbaren Erfahrung im Kampf um die Marktanteile und aus der Sorge um die existenzsichernde Finanzierung der Unternehmung konfrontieren; drittens gilt auch hier, dass viele mehr ausrichten als wenige. — Natürlich ändern Einsicht und gute Vorsätze nichts am Zeitdruck.

Der Beitrag des Unternehmers zum Intakthalten von Wirtschaft und liberaler Ordnung liegt deshalb in verstärkter Präsenz in der Partei und im Dialog mit Politikern, Behörden, Journalisten, Theologen, Lehrern, Medien- und Kulturschaffenden, Schülern und Studenten. Es gilt somit, die günstigen Voraussetzungen zu nutzen:

- Ueberschaubarkeit des politischen Entscheidungsprozesses dank der föderalistischen Struktur unserer direkten Demokratie und der Kleinheit des Landes.
- Wichtige Rolle der Parteien bei der politischen Meinungsbildung und dank der Auswahl der Kandidaten für die öffentlichen Ämter.
- Bereitschaft zum Gespräch in allen Kreisen, auch bei der Jugend.

Was zum Grundsätzlichen und Wesentlichen gehört

- Die Tatsache, dass wir uns nach der Entwicklung zwischen 1960 und 1975 — Halbierung des Gewinnanteils der Wirtschaft am

Nettosozialprodukt — und der Wende 74/75 Umverteilungskämpfe über die Einkommens-, Arbeitszeit-, Sozial- und Steuerpolitik nicht leisten können.

● Die Notwendigkeit, die Staatsquote in den Griff zu bekommen, was ohne ausgewogene und strukturelle Sanierung des Bundeshaushalts, Verschiebung der Aufgaben in Bürgernähe, bessere Deckung von Aufgaben und Finanzierung, Streichung von Bagatellsubventionen nicht möglich ist.

● Die Einsicht, dass das Ordnungsprinzip des politischen Liberalismus und der sozialen Marktwirtschaft nicht nur Gegenstand von Sonntagsreden sein darf, sondern Richtschnur für die praktische Politik sein muss und dass der Erhaltung des Geldwerts höchste Priorität zukommt.

● Die von der Dichtung der wirtschaftsfeindlichen Kreise weit entfernte Wahrheit über Unternehmertum und Multis.

Diese Feststellungen seien wie folgt präzisiert: Der Anspruchs- und Umverteilungsmoralität ist konsequenter als bisher der Einfluss der Einkommens-, Sozial- und Steuerpolitik auf die Selbstfinanzierungskraft — unerlässlich zur Finanzierung der Substanzerhaltung und Anpassung der Unternehmung an die Marktveränderungen —, auf die Risikokapitalbildung — abhängig von Gewinn und Eigentumsbildung —, auf die Wettbewerbsfähigkeit (Stichwort «Kostengefälle») gegenüberzustellen.

Die Rentabilitätssorgen unserer Industrie werden ebenso verkannt wie der Bedarf an selbstarbeiteten Mitteln für die Weiterentwicklung bestehender Produkte, die Entwicklung neuer Produkte, die Erschliessung neuer Märkte, die Modernisierung der Produktionseinrichtungen und der Logistik, die Verbesserung der Arbeitsplätze und des Umweltschutzes sowie für die Ausbildung auf allen Stufen. Die Folgen von Verteilungskämpfen — ungenügende Investitionen in die Zukunft — zeigen sich erst mit einer Verzögerung von 4–5 Jahren. Unterschätzt wird zudem der Einfluss der Investitionen auf die Gesamtnachfrage.

Stichwort «Ordnungspolitik»

Der Konfrontationskurs der Linken hat auch eine positive Wirkung: die Renaissance im Ordnungsdenken. Man wird sich wieder bewusst, dass es zu Liberalismus und Marktwirtschaft keine Alternative gibt, die mehr Freiheit und Wohlstand für jeden Einzelnen garantiert. Ein Glaubenskrieg um neue Rollenverteilung zwischen Wirtschaft und Staat in Richtung Reprivatisierung grösserer Aufgaben wäre allerdings wenig aussichtsreich. Das Gewicht ist deshalb auf Stabilisierung der Staatsquote, Effizienz in der Verwaltung, unternehmerisches Führen der Staatsbetriebe, restriktives Handhaben der konjunktur- und strukturpolitischen Kompetenzen zu legen.

Von zentraler Bedeutung ist die gesamtwirtschaftlich wirkende Geldpolitik: konkret die Verteidigung des Geldwertes. Die Voraussetzungen — flexible Wechselkurse und modernes Notenbankgesetz — bestehen. Für die Nationalbank gilt es, trotz starker Abhängigkeit von der internationalen Wirtschafts- und Währungspolitik sowie starkem Kapitalverkehr, die Gratwanderung zwischen stabilem Binnenwert mit Zielgrösse «Güterversorgung» und stabilem Aussenwert mit Zielgrösse «Kaufkraftparität», bei gleichzeitigem Tiefhalten des Zinsniveaus, zu bestehen.

Der Bundesrat wies allerdings in der seinerzeitigen Botschaft zum Notenbankgesetz zu Recht darauf hin, dass «es jedoch allzu einseitig wäre, der Notenbank die alleinige Verantwortlichkeit für die Inflation aufzuerlegen und gleichzeitig die ändern Wirtschaftssubjekte — Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit ihren Verbänden sowie die öffentlichen Haushalte — aus ihrer Mitverantwortung zu entlassen». Wenn jemals ein Satz in einer bundesrätlichen Botschaft nicht toter Buchstabe sein durfte, dann ist es dieser.

Den Dialog suchen

Der Dialog mit Lehrern, Theologen und der Jugend schafft die Möglichkeit

- über die Forderungen an die Wirtschaft, die existenzsichernde Unternehmensfinanzierung, die Rolle der Selbst-, Eigen- und Fremdfinanzierung, die Funktion des Gewinns, den Einfluss der inländischen Rahmenbedingungen auf die Unternehmensfinanzierung und die derzeitige Lage der Wirtschaft zu informieren;

● die gesellschaftlichen Probleme aus der Sicht des Unternehmers zu beleuchten.

Hinzuweisen wäre u. a.

- auf die Widersprüche: einerseits materielle Forderungen gegenüber Staat und Wirtschaft — andererseits Verketzerung von Staat und Wirtschaft, Betonung des Nichtmateriellen und der Freizeit, Verketzerung des Wachstums, Abwertung von Leistung, Kapital, Gewinn, Gemeinsinn, Mitverantwortung; einerseits Verketzerung der Technik, trotz ihrer Notwendigkeit für Umweltschutz, Alternativenenergien, Humanisierung der Arbeitsplätze, Verkürzung der Arbeitszeit — andererseits kein Verzicht auf die mit dem technischen Fortschritt verbundenen Vorteile

● auf die irriige Vorstellung, die Unternehmer könnten ohne Rücksicht auf die Ertragslage beliebig Mittel für gesellschaftliche Zwecke freimachen und in der Dritten Welt anvertrautes Kapital verschenken

● auf das abwegige Verantwortlichmachen der Wirtschaft für Probleme, die ausserhalb ihres Einflussbereichs liegen, wie Umgang mit der Technik, Konsumdenken, Identitätskrise gegenüber den Institutionen wie Familie und Kirche, Armut in den Entwicklungsländern

● auf die Bedeutung der Grossunternehmen für Beschäftigung und Wohlstand sowie die Gründe ihrer Entstehung: internationale Aktivität als Konsequenz der Rohstoffarmut und der Kleinheit unseres Landes mit Priorität der Exportindustrie auf Produkten mit hoher Wertschöpfung, was hohe Investitionen in Forschung und ausländische Stützpunkte erfordert — Diversifizierung, um die hohen Risiken tragen zu können; weitere Tatsachen sind: das Durchhalten vieler Arbeitsplätze durch Verzehr von Unternehmenssubstanz und -reserven, Stüt-

Der volle Wortlaut des Referates von Dr. Albrecht Keller wird in einer der nächsten Nummern der «Politischen Rundschau» publiziert, die sich des Problems «Staat, Wirtschaft, Politik» annimmt.

zung gefährdeter Geschäftszweige und Aufbau neuer Tätigkeiten dank dem unternehmungsinternen Geldfluss sowie die knappe bis ungenügende Verzinsung des Eigenkapitals und die wachsende Verschlechterung des Verhältnisses Eigenkapital/Fremdkapital.

Der Beitrag der Unternehmers

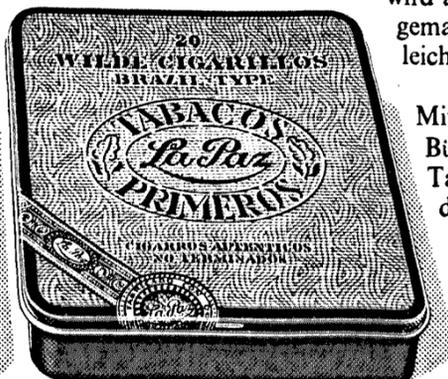
Jenen Theologen, welche sich politisch exponieren, ist die Antwort des zürcherischen Kirchenrats vom 7. Oktober 1976 auf eine Interpellation zu «Kirche und Politik» in Erinnerung zu rufen. Hinweisend auf die Vielschichtigkeit und die Komplexität der politischen und wirtschaftlichen Sachverhalte, die «sorgfältig zusammengestellt und analysiert» werden müssen, «wenn nicht vorschnell idealistische, utopische Scheinlösungen proklamiert werden sollen», wird von der Voraussetzung — hohes Mass an Fachkenntnissen — und der «moralischen Autorität» der Kirche gesprochen: «Diese darf jedoch in der politischen Diskussion nicht als Ersatz für Fachwissen oder bessere Argumente in die Waagschale geworfen werden, weil sie dadurch fragwürdig wird und dann doch versagt, wo es auf ihre Tragfähigkeit ankommt.»

Es geht somit beim Thema «Unternehmer und Politik» um nichts weniger als um den notwendigen Beitrag des Unternehmers zum Intakthalten der Wirtschaft und der liberalen Ordnung. Sollten jedoch die guten Vorsätze wiederum in Konflikt mit dem Terminkalender geraten, muss den Ausschlag geben, dass nicht zu unterschätzende Kräfte in entgegen gesetzter Richtung wirken. Passivität und Resignation sind nicht Art des Unternehmers. Es gilt deshalb, auch an der politischen Front offensiv zu handeln.

Wilde Brazil aus echtem Brasil.



10 Stück/Fr. 6.—



20 Stück/Fr. 8.—

Nicht jede dunkle Cigarre ist eine echte Brasil. Denn nicht jede «Brasil» wird aus echten Brasil-Tabaken mit einem makellosen Mata-Fina-Deckblatt aus Bahia gemacht. Darum hat auch nicht jede «Brasil» den tropisch warmen Duft mit dem leicht süsslichen Aroma der echten Brasil-Cigarre.

La Paz macht die Brasil so, wie eine Brasil sein soll: Aus Brasil-Tabaken. Mit eigenem Charakter; mild, aber voll im Geschmack. Mit dem typischen Büschel am Brandende, das ihr wahres Inneres zeigt. Aus sorgfältig ausgewählten Tabaken der besten Provenienzen. In Ruhe gereift und langsam fermentiert, damit sich der ganze Reichtum des Aromas entwickelt. Und ohne Retusche.

La Paz Wilde Brazil werden mit Behutsamkeit und traditioneller Fachkenntnis hergestellt. So, wie es sich gehört. Brasil-Raucher schätzen das.



Cigarros Autenticos.

Nach dem Entscheid der nationalrätlichen Kommission

Mitbestimmung: Gratwanderung

Der Beschluss der nationalrätlichen Kommission, die Mitbestimmungsdiskussion auf die betriebliche Ebene zu beschränken, entspricht bewährtem pragmatischem Vorgehen und ist Ausdruck politischer Vernunft. Dies stellt Nationalrat Dr. Paul Wyss, Basel, Präsident der nationalrätlichen Kommission, fest, den wir um eine Lagebeurteilung gebeten haben.



fahren zum Kompromiss Morel (sp.)/Egli (cvp.), der auf Verfassungsebene einen Artikel vorsah, um die minoritäre Mitbestimmung auf Unternehmensebene einzuführen, hat wiederum deutlich gezeigt, wie wenig Erfolg ein solches Unterfangen haben müsste. Das von der Kommission gewählte Vorgehen entspricht den «Zielsetzungen 77-83» der FDP der Schweiz. In Anbetracht dieser Situation ist es sicher sinnvoll, dass all jene, welche von der Notwendigkeit einer gesetzlich geregelten Mitbestimmung überzeugt sind, nun den Versuch unternehmen, eine solche Gesetzesvorlage auszuarbeiten.

Breites Meinungsspektrum

Nach wie vor halten die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften an einer wenn möglich paritätischen Mitbestimmung auf Unternehmensebene fest. Neuere Tendenzen aus extremen Links-

kreisen gehen sogar noch weiter und lehnen eine Mitbestimmung dieser Art ab und verlangen die sogenannte Selbstbestimmung (im Sinne einer Unternehmens-Selbstverwaltung der Arbeitnehmer).

Aber auch aus Kreisen der CVP, des Landesrings usw. wird die Idee einer mindestens minoritären Mitbestimmung, allerdings ohne Einmischung von aussen durch Gewerkschaftsfunktionäre, aufrechterhalten. Letztere sind indessen aus politischen Erwägungen und sicher zu Recht der Auffassung, dass man vorerst die Mitbestimmung auf Gesetzesstufe an die Hand nehmen müsste.

FDP und SVP — und auch ein Grossteil der CVP — vertreten mehrheitlich die Meinung, dass nun mit dem Gesetz ein Schritt vorwärts gemacht werden könne, im Sinne von Ueberlegungen, die schon früher in der Öffentlichkeit geäussert worden sind: Eine gesetzliche Grundlage soll geschaffen werden, und zwar im Sinne von Rahmenbedingungen, wobei die Details in den Gesamtarbeitsverträgen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern festgehalten werden könnten. Es ist aber ebenso klar, dass auch in vereinzelt Teilen des bürgerlichen Lagers die Auffassung vertreten wird, wonach überhaupt auf eine gesetzliche Grundlage verzichtet werden soll.

Noch offene Fragen

Für die nationalrätliche Kommission, die nun dieses Gesetz weiterberaten muss, bedeutet dies u. a., eine Gratwanderung zwischen den beiden extrem gegensätzlichen Positionen des dargelegten Meinungsspektrums zu absolvieren. Noch offen ist die Frage, ob eine Botschaft des Bundesrates abgewartet werden soll oder ob die bestehende Kommission einen eigenen Gesetzesentwurf auf Grund bereits bestehender Vorstellungen selbst ausarbeiten will. Diese Frage wird im Februar 1981 entschieden.

Zur Gestaltung des Gesetzes kann jetzt schon gesagt werden, dass die Aufgaben der Betriebskommissionen, die Frage von Betriebsversammlungen sowie der Mitsprache und Mitentscheidung am Arbeitsplatz wichtige Elemente sein werden. Politische Ueberlegungen dürften dazu führen, dass die Frage der Unterstellung unter das Gesetz, d. h. von welcher Betriebsgrösse an die gesetzlichen Bestimmungen angewendet werden müssen, von grosser Bedeutung sein werden. Zudem dürften auch hier wieder von linker Seite Forderungen auftauchen, wonach externe Funktionäre in den Betrieben Einsitz nehmen sollten oder zumindest an Sitzungen der Betriebskommission teilnehmen könnten. Zwei-

SP weiterhin ohne glaubwürdiges Finanzkonzept

Bundesfinanzsanierung: Weg klar aufgezeichnet

Ein Ereignis und ein Nicht-Ereignis kennzeichnen das Abstimmungswochenende vom 30. November in finanzpolitischer Sicht: Das dreifache Ja des Souveräns zu den Sparvorlagen sowie die Ohnmacht und Phantasielosigkeit der SP in Finanzfragen, die an ihrem Parteitag erneut keine Alternative zu der von ihr so oft verschrieenen bürgerlichen (vorab freisinnigen) Finanzpolitik präsentieren konnte.

Konsequent blieben die Stimmberechtigten. Getreu ihrer Forderung «Zuerst sparen, dann steuern» hiessen sie die Sparvorlagen mit aller Deutlichkeit gut. Nicht einmal der vollständige Abbau der Brotpreisverbilligung vermochte eine grössere Zahl von Nein-Stimmen auf sich zu vereinigen. Damit wurden auch alle jene Aussagen Lügen gestraft, wonach der Souverän nur so lange zu sparen bereit sei, als es ihn nicht direkt an seinem eigenen Geldbeutel treffe.

Das erneute und in seiner Deutlichkeit nicht zu übersehende dreifache Ja des Souveräns zu weiteren Sparbemühungen ist auch als Ermutigung für jene zu verstehen, die in den letzten Jahren beharrlich (dafür aber um so mehr von der Linken, allen voran der SP, angeädelt) für eine Ausgabenstabilisierung plädierten.

Die drei Ja sind aber auch ein Fingerzeig dafür, wie die weitere Marschrichtung zur Sanierung des Bundeshaushaltes lautet. Die befristeten Massnahmen sind in einem Anschlussprogramm, wie es von den Freisinnigen gefordert wird und dem Bundesrat Ritschard positiv gegenübersteht, zu überarbeiten und zu ergänzen, damit sie nahtlos durch dauernde Einsparungen abgelöst werden können. Im weiteren ist die Behandlung der neuen Bundesfinanzordnung, die möglichst unverändert weitergeführt werden sollte, von den eidgenössischen Räten zügig voranzutreiben. Nach deren Gutheissung durch Volk und Stände ist die Diskussion über Art, Ausmass und Ausgestaltung der dem Bund neu zu be-

willigenden Einnahmen zu führen. Voranzutreiben sind auch die Bemühungen für eine Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen, wie auch die Frage der teilweisen Lösung der Zweckbindung beim Treibstoffzollzuschlag einer Ueberprüfung zu unterziehen ist.

Ein etappenweises Vorgehen ist unerlässlich, wenn ein Scherbenhaufen vermieden werden soll. Dies sollten vor allem jene zur Kenntnis nehmen, die glauben, die nächste Runde — die Ablösung der geltenden Bundesfinanzordnung — mit einer massiven Erhöhung der Warenumsatzsteuer sowie unverantwortlichen Manipulationen bei der Wehrsteuer belasten zu wollen. Einer überraschten und überladenen Vorlage wird der Souverän seine Gefolgschaft verweigern!

Dass mit Luftballons nicht einmal in den eigenen Reihen mehr Politik zu machen ist, erfuhr SP-Präsident Hubacher am Parteitag. Mit den gewohnten publizistischen Nebengeräuschen gestartet wurde wohl die sogenannte «Finanzbeschaffungsinitiative mit lenkendem Charakter», doch musste sie so massiv zurückgestutzt werden, dass nicht einmal der berühmte Spatz in der Hand zurückblieb. Hubacher musste sich sogar von seinen Jungsozialisten vorrechnen lassen, dass das Volksbegehren nur noch Alibi charakter trage.

Der Genfer Parteitag zeigte damit schonungslos auf, dass die SP über kein glaubwürdiges finanzpolitisches Konzept verfügt. Mit Zähneknirschen wird die SP-Führung vom Entscheid des Souveräns zu den Sparvorlagen Kenntnis genommen haben — erneut wurde ihr von den Stimmberechtigten ein Denkzettel verabreicht und der von der SP verfolgten Politik der Mehreinnahmen eine Absage erteilt. Die Hoffnung, Hubacher und seine Getreuen würden daraus die Konsequenzen ziehen, muss allerdings — mit Blick auf die bisherigen Erfahrungen — als vergeblich bezeichnet werden. cb

Es ist daran zu erinnern, dass das Volk 1976 sowohl die gewerkschaftliche Initiative als auch den Gegenvorschlag der eidgenössischen Räte abgelehnt hat. Auch das neueste Vernehmlassungsver-

Fortsetzung von Seite 1

bleib, erscheint es der FDP wichtig, direkten Meinungs austausch zu pflegen und die Konsensmöglichkeiten in punktuellen Bereichen gemeinsam abzuklären. Die Bedeutung der zwischenparteilichen Gespräche wird noch dadurch unterstrichen, dass alle Parteien auf Bundesebene nur Minderheitsparteien sind und — jede auf sich allein gestellt — ihre Programme nicht integral durchsetzen können.

Verpflichtung auf festes Programm nicht möglich

Ganz abgesehen davon können in der Schweiz die Regierungsparteien nicht auf ein festes gemeinsames Programm verpflichtet werden. Eine Koalitionsabsprache, wie sie beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland besteht, ist nur möglich in einer parlamentarischen Demokratie, in einem Parlament, in dem die Fronten zwischen Regierung und Opposition klar getrennt sind, in einem Parlament, das die absolute Fraktionsdisziplin kennt, in einem

Staat, bei dem auch die Parteien geschlossen auf eine Linie verpflichtet werden. In der Demokratie helvetischer Prägung ist dies nicht möglich. Weder kennen wir einen Fraktionszwang, noch ist es, vor allem den bürgerlichen, föderalistisch aufgebauten Parteien möglich, ihre Kantonalaktionen stets konsequent auf eine Linie zu bringen. Referendums- und Initiativrecht — Elemente der direkten Demokratie — laufen den Bestrebungen nach einer Koalitions politik zuwider.

Die Gespräche der Delegationen der Bundesratsparteien sind eine Plattform für persönliche zwischenparteiliche Kontakte. Das in jüngster Zeit akzentuierte politische Klima unterstreicht die Bedeutung dieser Aussprachen. Denn es ist das einzige offizielle Forum, bei dem sich die Repräsentanten der Regierungsparteien regelmässig treffen. Sie sind ein Instrument zur Information und innerhalb des skizzierten Rahmens auch ein Instrument der eidgenössischen Politik heutigen Zuschnitts.

fellos werden solche Forderungen von bürgerlicher Seite bekämpft.

Eine zentrale Weichenstellung

Auch wenn mit dem Entscheid der nationalrätlichen Kommission eine Weichenstellung für die unmittelbare Zukunft erfolgt ist,

sind noch einige sehr wichtige Probleme zu lösen. Man darf aber zuversichtlich sein, dass weite Kreise der Bevölkerung — und insbesondere weite Kreise von Arbeitnehmern und Arbeitgebern — willens sind, mit einer vernünftigen, gesetzlich verankerten Mitbestimmung auf Betriebsebene einen Durchbruch zu erzielen.

Haltung bestätigt

Die FDP hat zum Abstimmungsanlass der eidgenössischen Volksabstimmung vom 30. November in einem Communiqué Stellung genommen: Mit seiner Zustimmung zu den drei Sparvorlagen hat der Souverän seine finanzpolitische Haltung bekräftigt. Die FDP wertet diesen Abstimmungsausgang auch als Bestätigung für den von der Partei verfolgten finanzpolitischen Kurs. Dafür mussten andere — insbesondere die Linke — zur Kenntnis nehmen, dass der Souverän gegenüber Sparbemühungen positiv eingestellt ist. Die FDP erwartet deshalb, dass die zeitlich befristeten Massnahmen des Sparpakets 80 durch anderweitige, in ihren finanziellen Auswirkungen für den Bund aber mindestens gleichwertige Entlastungen vor allem im Subventionsbereich nahtlos abgelöst werden. Die FDP-Fraktion wird in den eidgenössischen Räten eine entsprechende Motion einreichen. (Was inzwischen geschehen ist.) Im weitem werden sich Partei und Fraktion dafür einsetzen, dass die möglichst unveränderte Verlängerung der geltenden Bundesfinanzordnung zügig von den eidgenössischen Räten behandelt und raschmöglichst Volk und Ständen unterbreitet wird.

Mit ihrer Zustimmung zum Gurten- und Helmtobligatorium haben die Stimmbürger zum Ausdruck gebracht, dass sie zu unterscheiden wissen zwischen einer falschen Interpretation des Freiheitsbegriffs und dem Schutz des Lebens. Die FDP appelliert an alle Autolenker und -insassen, die Gurten in ihrem ureigensten Interesse anzuschallen — auch wenn die Polizei nicht in der Nähe ist.

Liebenswerte Geschenke aus Holz



Autos, Lokomotiven, Dampfwalzen, Lastwagen und Schaukelpferdchen in allen Variationen warten in unserer Geschenk-Boutique auf kleine (und grosse) Kinder.

Sie alle wurden mit viel Liebe zum Detail von Hand gefertigt. Deshalb halten Sie auch einiges aus und bringen Kinderaugen zum Strahlen!

Es müssen ja nicht immer Kriegsspielsachen und Dinge aus Plastic sein...

Möbelzentrum des Handwerks

In Volketswil: An der Autobahnabfahrt Richtung Uster, vis-à-vis Waro, Tel. 01 945 55 81.
In Zürich: An der Uraniastrasse 23, vis-à-vis Parkhaus Jelmolli, Tel. 01 211 79 47.

24., 27., 31. 12. und 3. 1. 1981 8.00 — 16.00 Uhr, 29. und 30. 12. 1980 ganzer Tag geöffnet

OSTSCHWEIZ

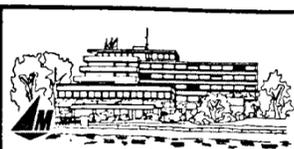
Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room · Rôtisserie

P. Musa-Emlison, beim Bahnhof
Tel. (071) 23 35 35
Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur
de la Confrérie de la
Chaîne des Rôtisseurs



ASH *****
AMBASSADOR SERVICE HOTELS

Charly's Rôtisserie
Gartenrestaurant
Seeterrasse beheizt!
Delphin-Bar
Seminar-Departement

Grosser Dachgarten
mit geheiztem Schwimmbad
Hot-Whirl-Pool - Sauna - Fitness
Grosser Parkplatz

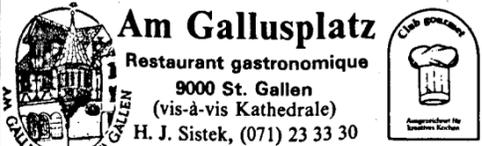
HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE
CH-9320 Arbon, Tel. 071 46 35 35, Telex 77247, Dir. Charles Delway

Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen.

Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!



Am Gallusplatz

Restaurant gastronomique

9000 St. Gallen
(vis-à-vis Kathedrale)
H. J. Sistek, (071) 23 33 30

Das führende Haus mit Ambiance

(erbaut 1606 - restauriert 1974)

Täglich 9.30 bis 23.00 Uhr
Montag geschlossen

Rôtisserie - Café - Restaurant
Gewölbekeller für Gesellschaften



Gasthof Hirschen

Traditionelles Restaurant in idyllischer Landschaft.
Schloss Arenenberg mit Napoleon-Museum. Jedes Zimmer mit Blick auf den Untersee. Gepflegte Küche für spezielle Fleisch- und Fischgerichte.

Fam. P. Imhof
CH-8268 Salenstein
Telefon (072) 64 16 44
(Dienstag geschlossen)

Speisesaal mit Blick auf Untersee
(Verl. Sie uns. ausf. Hausprospekt)

Kader- und Verkaufsschulung

Führungs- und Verkaufspraxis

Verkaufserfolg durch Verkaufstechnik in der Baubranche

Wir trainieren Ihre Aussen- und Innendienstmitarbeiter für marketinggerechtes Verhalten im Verkaufsgespräch, am Telefon und in der Korrespondenz. Die Trainings werden in Gruppen oder auch einzeln durchgeführt. Setzen Sie sich mit uns in Verbindung.

T + C Trainingsconsult AG, Führungs- und Verkaufspraxis, Erlenstr. 48, 8832 Wollerau, Telefon (01) 784 26 45.

TIFDPI2668

Effizientes Verkaufstraining

Für erfahrene Verkäufer in kleinen Gruppen von 4 bis 6 Teilnehmern, sowie Grossveranstaltungen. Nachweisbare, ausserordentliche Erfolge. Nur seriöse Kunden.

Institut für Psycho-Training

Harry H. Hozheu, Vizepräsident der Gemeinschaft Europäischer Marketingberater und Verkaufstrainer Belliarain 4, 8038 Zürich, Tel. (01) 43 88 54

PFDP82120

VOGT - SELVOPLAN

flüssige - selbstnivellierende Unterlagsböden



Besondere Vorzüge

Grosse Druck- u. Biegezugfestigkeit
Auf Isolation - und Festverband-Verlegung
Auf jede Unterlage anwendbar
Absolut plane Oberfläche
Begehrbarkeit nach 48 Stunden
und volle Belastbarkeit
Schnelles Austrocknen
Fortschritt für Neubauten
Ideal für Altbausanierung
Kein Knarren mehr möglich
Treppenhaus-Renovierung
Hohe Schall- und Wärmedämmung
600-800 m² Tagesleistung
Beste Referenzen

Schweizer Patent - EMPA geprüft

Verlangen Sie Dokumentationen und Beratung

Ausführung spez. Fachfirmen in der ganzen Schweiz!



BALZ VOGT AG
8855 Wangen/SZ

Industriestrasse 1
Telefon 055/64 35 22



Im Brächli 19
8053 Zürich

P. Baur
Telefon 01/53 17 01



Grendelstrasse 15
6000 Luzern

P. Imgrüth
Telefon 041/36 00 28



Beerli Isolationen AG
6340 Baar/ZG

Altgasse 46
Telefon 042/31 80 22



Bodenbau AG
4005 Basel

Sperrstrasse 42
Telefon 061/26 20 05



Polybau AG
3177 Laupen BE

Murtenstrasse 27
Telefon 031/94 86 89



F. Brack & Fils SA
1222 Vésenaz-Genève

Chem. de la Pt.-Californie 8
Téléphone 022/52 24 93



ISO - BETONCINI SA
6911 Gravesano/TI

San Pietro
Telefono 091/59 31 41

Lassen Sie für Ihren Garten sich exklusiv von



beraten

Gartenbau Spross Zürich
Burstwiesenhof 35 45 55



SCHULER-WEINE

St. Jakobskellerer SCHULER & CIE AG SCHWYZ + LUZERN

Konferenzen · Sitzungen · Tagungen

mothotel sommerau
Geschäfts-chur
Essen Ihr Treffpunkt
ohne Parkplatzsorgen

SILENT GLISS

Vorhang-Fernbedienung
Mit Knopfdruck Vorhang auf und zu.
Die komfortable Lösung für zahlreiche Vorhangprobleme.
Möchten Sie mehr wissen? Beratung gibt Ihnen gerne Ihr Fachhändler oder

VonDach + Co
3250 Lyss, Tel. 032 84 27 42

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat.

Erholung in der Ostschweiz

8-Tage-Intensivkur zur Entschlackung auf rein pflanzlicher Basis.

Speziell empfohlen bei Leber/Galle- und Magenleiden.
● Erholung in idealer Höhenlage (1000 m ü. M.)
● gesundes Klima
● ruhig und sonnig gelegen
● im Zentrum dankbarer Ausflugsziele
● viele Möglichkeiten zu Sport und Wanderungen
● Verlangen Sie unseren Kurprospekt



Kurzentrum Vögelinsegg

CH-9042 Speicher, Telefon 071/94 23 33

ZUR ERHOLUNG UND FÜR IHRE GESUNDHEIT

Mehr als nur Ferien - im Solebad-Hotel «Flamingo»

Massagen, Solarium, Fango, Fitnessraum, Sprudelbad

7-Tage-Arrangement zum Pauschalpreis ab Fr. 300.- (Zimmer mit Dusche/WC Fr. 350.-), Frühstücksbuffet, Abendessen, Eintritt im Solebad.

Geniessen Sie die herrliche Ruhe und Sonne in Oberhelfenschwil im Toggenburg. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

FLAMINGO

Kurhotel Sole-Schwimmbad Tea Room
Fam. M. Thomasius Oberhelfenschwil SG 071 / 51 12 56

Gutschein Fr. 30.-
ab 7 Tagen Aufenthalt



auf der Sonnenterrasse von Bad Ragaz.

Das ideale Hotel für erholsame

Thermalbadeferien

oder Badekur unter ärztlicher Anleitung der Bäderklinik Valens bei Rheumaleiden, Lähmungen, Unfallnachsorge und Rehabilitation.

Im Frühling und Herbst besonders empfehlenswert. Ruhige Lage, nebelfreies, mildes Klima.

Spezialstudios für Behinderte
Klinik und Kurhotel unter gleicher Leitung.

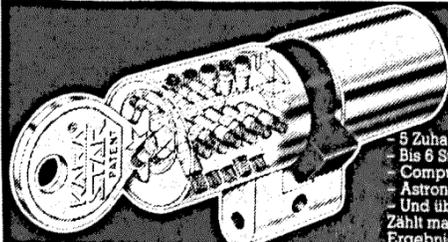
Auskunft und Prospekte:
Kurhotel Valens, CH-7311 Valens
Telefon (085) 9 37 14 (Fr. Moosberger verl.)



Mit der richtigen Zeitungswerbung können Sie Ihre Konkurrenz leicht übertönen.

Damit Ihre Zeitungswerbung ankommt.

ofa



KABA STAR Das Schliesssystem mit Kopierschutz-Garantie.

5 Zuhaltungserien.
Bis 6 Stifte pro Reihe und 26 Positionen pro Zylinder.
Computergesteuerte Schlüssel-Fräsen in Hundertstel Millimetern.
Astronomische Schliessvarianten.
Und über 100 Jahre Erfahrung.
Zählt man alles zusammen, kommt man zum Ergebnis, dass KABA STAR ganz sicher sicher ist.



BAUER KABA AG

Sicherheits-Schliesssysteme
Postfach, CH-8620 Wetzikon 1
Tel. 01/931 61 11
Telex 875481

GVK: Gesamtpaket nicht aufschneiden

Zäsur in der Verkehrspolitik

Zum erstenmal in der schweizerischen Verkehrsgeschichte ist eine Gesamtverkehrskonzeption erarbeitet worden. Sie stellt die Frucht mehrjähriger methodischer wissenschaftlicher Studien der vom Bundesrat 1972 eingesetzten Eidgenössischen Kommission für die schweizerische Gesamtverkehrskonzeption (GVK-CH) dar. FDP-Generalsekretär Hans-Rudolf Leuenberger hat Überlegungen zum weiteren Vorgehen angestellt:

Der Schlussbericht fasst die Ergebnisse einer einlässlichen Analyse der bisherigen Verkehrspolitik, des bestehenden Verkehrssystems und der mutmasslichen Verkehrsnachfrage um die Jahrhundertwende in 40 Thesen zusammen. Der Auftrag an die Kommission, die von alt Nationalrat Dr. Alois Hürlimann präsidiert wurde, lautete, den politischen Varianten von Vorschlägen zu unterbreiten, wie die Bereiche des privaten und öffentlichen Verkehrs der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung angepasst werden können, unter Beachtung folgender Zielsetzungen: Förderung der allgemeinen Wohlfahrt des Landes; Befriedigung der Verkehrsbedürfnisse mit möglichst geringem zeitlichem und finanziellem Aufwand; Gewährleistung der Bewegungsfreiheit und der freien Wahl der Verkehrsmittel; unverfälschter Wettbewerb ohne Fehl- und Vernachlässigung unrentabler, jedoch im Allgemeininteresse liegender Verkehrsaufgaben; Berücksichtigung der Raumplanung und des Umweltschutzes; das Verkehrssystem soll sowohl als Ganzes konzipiert sein als auch in einzelne, funktionsfähige Teile zerlegt werden können. Der Auftrag ist hier nur gerafft wiedergegeben; in seinem vollen Wortlaut hat er nicht gewisse Unähnlichkeiten mit einem Wunschkatalog, der allerdings nicht ganz frei von Widersprüchen ist.

Gerodeter Urwald

Anlässlich der Präsentation des Schlussberichtes, erklärte der Kommissionspräsident: «Wir haben einen 150jährigen Urwald — unser heutiges, hergebrachtes Verkehrswesen — durchforstet und versucht, ihn in einen überblickbaren französischen Garten zu verwandeln. Dabei konnte es natürlich nicht ohne Brennen und Schneiden abgehen.» Ob dieser «französische Garten» allerdings den schweizerischen Bedürfnissen und Optionen der Verkehrsteilnehmer entspricht — darüber gehen die Meinungen auseinander.

Die schweizerische Verkehrspolitik zeichnet sich (bis anhin) vor allem durch eine sektorielle Betrachtungsweise aus. Ein Blick auf die einschlägigen Kompetenznormen in der Bundesverfassung zeigt dies mit aller Deutlichkeit auf: Das Monopol der geweremässigen Personenbeförderung stammt noch aus den Postkutschzeiten. Später folgte der Bahnartikel. Die Zuständigkeit für Luft- und Schifffahrtsfragen wurde ebenfalls einzeln und bezugslos zu den bereits geltenden Bestimmungen gelöst. Gesondert behandelt werden auch die Nationalstrassen, wie auch die jüngste Verfassungsbestimmung, der Rohrleitungsartikel, Aufnahme in einen eigenen Artikel gefunden hat.

Zweifel an der Realisierung?

Diese sektorielle Betrachtungsweise soll nun durch eine umfassende abgelöst werden — ein Schritt, der nur begrüsst werden kann. Allerdings hat die bisher geführte Diskussion über das Konzept gezeigt, dass sich das Interesse vor allem auf Einzelaussagen und Randfragen konzentriert. Dieser Entwicklung leistete das federführende Departement noch Vorschub, indem es im Vernehmlassungsverfahren ausdrücklich Antwort auf die Fragen der Einführung einer Autovignette sowie der Erhebung einer Schwerverkehrsabgabe verlangte.

Zur Diskussion um das Lokalradio

Wollen wir «italienische» Verhältnisse?

Die Delegiertenversammlung der Radio- und Fernsehgesellschaft DRS hat den Regionalvorstand DRS beauftragt, Modelle für den Ausbau des Lokalradios zu erarbeiten, wobei einzelne Mitgliedsgesellschaften der SRG entweder allein oder mit Dritten als Veranstalter auftreten sollen. Die Trägerschaft der SRG hat damit, wie Nationalrat Dr. Hans Georg Lühinger, Wettswil a. A., feststellt, eine konstruktive Alternative zur drohenden Kommerzialisierung des Radios eingeleitet.

Gegen 50 Konzessionsgesuche für private Radiosender liegen heute in Bern. Viele davon sehen eine Finanzierung durch Werbung vor. Bekanntlich hat überdies die Expertenkommission für ein Medien-Gesamtkonzept an einer Pressekonferenz die mit einem

Zudem bereitet es offensichtlich etwelche Mühe, die Vorstellung einer aufs Ganze ausgerichteten, die verschiedenen Verkehrsträger zu einer höheren Einheit integrierenden neuen Verkehrspolitik zu verstehen und an deren Realisierung zu glauben. Die verkehrspolitischen Gedankenbahnen scheinen in den meisten Fällen derart fest zementiert, dass Ueberlegungen und Denkanstösse, die von der bisherigen Wirklichkeit und vom bisherigen Alltagsempfinden entfernt sind, keine Auflösung dieses Zementes zu bewirken vermögen.

Mit ihrem ganzheitlichen Blick hat die GVK-Kommission eine Zäsur in der schweizerischen Verkehrspolitik eingeleitet. Auch wenn gegenüber dem einen und anderen Lösungsvorschlag Vorbehalte anzubringen sind, die nach einer Ergänzung und Anpassung rufen, wäre es falsch, die aus der Konzeption hervorgehende Einheit durch das Herausbrechen von Einzelfragen zu gefährden, wie dies beispielsweise mit der Schwerverkehrsabgabe zur Diskussion steht. Allerdings müssen sich alle jene, die an der Erarbeitung dieses Konsens mitwirkten, bewusst sein, dass von ihnen ein konsequentes Verhalten — also ein Geradestehen für die Vorschläge der Kommission — erwartet wird. Ein Abrücken von den Anträgen wäre als Vertrauensmissbrauch zu bezeichnen.

Historisches Ereignis

Das Zustandekommen dieses Konsenses darf als historisches Ereignis bezeichnet werden. Die sehr unterschiedlich gelagerten Interessen und die auseinandergehenden Erwartungen konnten ausbalanciert werden, ohne dass ein sogenannt «billiger» Kompromiss Resultat sechsjähriger Kommissionsarbeit ist. Allein deshalb sind alle Bestrebungen danach zu richten, dieses fest geschnürte Gesamtpaket nicht aufzulösen und in Einzelpakete unterschiedlicher Grösse und Wichtigkeit aufzuteilen. Denn auch hier dürfte es sich gleich wie bei den PTT verhalten; die Taxe für ein grosses Paket ist kleiner als die Summe der Taxen für unzählige Kleinpakete. Die weitere Konkretisierung der Kommissionsvorschläge sollte nicht durch das Hineinwirken anderer Elemente, auch solche finanzpolitischer Natur, behindert werden, da die Gefahr zu gross ist, dass dann das ganze Paket auseinanderfällt und die Schweiz wieder bei jener sektoriellen Betrachtungsweise landet, die der Verkehrspolitik bisher den Stempel aufdrückte.

Schulkoordinationsinitiative

Unseren Kindern zuliebe sollte das Schuljahr in allen Kantonen in der gleichen Jahreszeit beginnen.

Damit dieses Postulat endlich realisiert werden kann, braucht es die Volksinitiative für die Koordination des Schuljahresbeginns.

Unterschreiben auch Sie!

Unterschriftenbogen können (unentgeltlich) bezogen werden beim

Initiativkomitee für die Koordination des Schuljahresbeginns Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38

druck erweckt, als ob die Kommerzialisierung des Radios schon fest beschlossene Sache sei. Inzwischen ist die Studienkommission allerdings auf ihren Entscheid zurückgekommen.

Gleiche Erfahrungen machen wie Italien?

Bevor die allein zuständigen politischen Behörden Entscheide in dieser Frage fällen, tut man gut daran, sich über das Programmiveau der kommerzialisierten lokalen Radio- und Fernsehsender in Italien zu orientieren, die dort nach Freigabe der Sendehoheit in einem grauenhaften Wildwuchs aus dem Boden geschossen sind. Und man wird sich danach die Gewissensfrage stellen müssen, ob es sich um eines solchen Resultates willen rechtfertigen lässt, die Vielfalt unserer regionalen Presse in Gefahr zu bringen.

Andererseits ist die Kritik weiter Kreise der Bevölkerung am Monopol und an den allzu starren Strukturen der SRG nicht überhörbar. Zwischen dem SRG-Monopol und dem Dschungel des freien Kommerzfunks bietet sich als Mittellösung der Aufbau einer selbständigen dezentralen Trägerschaft für unabhängige, werbefreie Radiolokalsender an. Im Vorstand der Radio- und Fernsehgenossenschaft Zürich macht man sich schon seit einiger Zeit Gedanken in dieser Richtung. Dabei wird auch an eine Zusammenarbeit mit weiteren Kreisen gedacht, zum Beispiel mit den Kantonen und grösseren Städten

des Einzugsgebietes sowie mit der Presse.

Schwerpunkte eines Mittelweges

Ziel der neuen Bemühungen ist ein werbefreies Lokalradio mit eigenen Trägerschaften, die von der SRG unabhängig sind und gleichzeitig näher bei der Bevölkerung stehen, für welche die verschiedenen Lokalprogramme bestimmt sind. Die Mitwirkung der Mitgliedsgesellschaften der SRG bei dieser Aufgabe erleichtert eine sinnvolle, freiwillige Koordination mit den Radioprogrammen der SRG. Ausserdem gewährleistet sie die repräsentative Abstützung der Trägerschaften der Lokalsender im Volk, ohne dass dafür neue, aufwendige Organisationen geschaffen werden müssen. Schliesslich werden die Mitgliedsgesellschaften der SRG dadurch ihrerseits eine Aufwertung erfahren, die zur langfristigen Sicherung ihrer Tätigkeit unerlässlich ist.

Auflockerung des SRG-Monopols, Verzicht auf einen wilden kommerziellen Kampf um Hörerquoten und Werbeanteile, verantwortungsvoller Wettbewerb selbständiger Radio-Lokalsender mit repräsentativer, unabhängiger Trägerschaft, das sind stichwortartig die Schwerpunkte des neu postulierten Mittelweges, der mancherlei mögliche Untervarianten offen lässt. Eines kann man jedenfalls mit Befriedigung feststellen: die SRG bewegt sich.

Personen

Bestens eingeführt in die FDP-Fraktion der Bundesversammlung hat sich der Nachfolger des allzufrüh verstorbenen Urner Volksvertreters und Regierungsrates Raymond Gamma, der Urner Parteipräsident Franz Steinegger. Er wurde zu Beginn der Dezembersession vereidigt.

Auf ein positives Echo bei den Bundeshausjournalisten stiess das beinahe schon traditionelle Zibelemärit-Treffen zwischen der Parteispitze und den Vertretern der FDP-Fraktion der Bundesversammlung. Dabei wurden nicht «heisse» News verkauft, sondern Hintergrundinformationen vermittelt.

Starke Beachtung fand bei diesem Zusammentreffen mit der Bundeshauspresse der freisinnige Genfer Staatsrat Alain Borner, der über die Arbeiten der Kantonsrat Eric Honegger geleiteten Arbeitsgruppe «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat» referierte.

Der Erfolg der FDP bei den Wahlen 1979 blieb auch räumlich nicht ohne Folgen: Für das Fraktionszimmer der FDP-Fraktion der Bundesversammlung musste eine neue Bestuhlung angeschafft werden, da die alte (mit Armlehnen) zuviel Platz beanspruchte. Es wäre übertrieben, zu behaupten, die neue Bestuhlung (ohne Armlehnen) wäre bei den Fraktionsmitgliedern auf Begeisterung gestossen. Der Genfer Volksvertreter Gilbert Duboule fand die Zustimmung der Fraktion, als er die Nachteile der neuen Stühle aufzählte, die vor allem das obligate Nickerchen bei uninteressanten Themen verhindern.

Apropos neue Bestuhlung: Die rund 60 Stühle sollen 25 000 Franken gekostet haben. Davon waren allerdings gleich zwei defekt. Böse Zungen behaupten, dies sei allein wegen Nationalrat Karl Flubacher geschehen, um ihn endlich von der Notwendigkeit des Gurtenobligatoriums zu überzeugen.

JB^{co}B

Vermögensverwaltung als Freizeit-Hobby? Der Rat des Fachmannes ist vorzuziehen.
Bärbank

BANK JULIUS BAR & CO AG
8022 Zürich, Bahnhofstrasse 36, Telefon (01) 228 51 11



**Wir haben schon
immer am gleichen
Strick gezogen.
Und jetzt ziehen wir
am gleichen Strick
in die gleiche
Richtung. Wir, die
NZZ-Druckerei,
und wir, die
Gebrüder Fretz AG.**

Weil wir seit dem 1. Oktober 1980 zusammengehören.
Und Ihnen zusammen noch mehr bieten: Mehr Kapazität
für noch mehr anspruchsvolle Drucksachen.

Grafische Betriebe

Neue Zürcher Zeitung



Gebr. Fretz AG
Mühlebachstrasse 54
Postfach, 8032 Zürich
Telefon 01/252 14 44



Druckerei NZZ
Falkenstrasse 12
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 01/258 18 55